

Präsident für Landtag.

Preußischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

99. Sitzung, Montag, 22. Februar 1915.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück, Dr. Penke, v. Voebell.
Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten mit der Mitteilung des heutigen Generalstabsberichts, nach dem in Ostpreußen insgesamt über 100 000 Gefangene gezählt wurden und die 10. russische Armee als völlig vernichtet angesehen werden kann. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause.) Der Präsident erhält unter lebhaftem Beifall die Ermächtigung, an den Kaiser ein Glückwunschtelegramm zu senden.

Das Andenken des verstorbenen Abg. D. Dittrich (3.) wird durch Erheben von den Plätzen geehrt.

Der Etat.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Lesung des Etats,

und zwar zunächst der Etat des Staatsministeriums. Wie in der Budgetkommission, so soll zunächst über Volksernährung, Viehhaltung, Feldbestellung und Geldverkehr gesprochen werden; an zweiter Stelle über Kriegsfürsorge und die Wohlfahrtsvorlage und schließlich noch über den Belagerungszustand und die Pressefreiheit.

Abg. Hoersch (Lsp.)

berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Die Kommission hat von der Niederlegung eines schriftlichen Berichtes Abstand genommen und beschlossen, einen ausführlichen mündlichen Bericht erstatten zu lassen, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil das gesamte Volk an den verhandelten Fragen den lebhaftesten Anteil nimmt und auch ein Anrecht daran hat, ausreichend unterrichtet zu werden. An der Spitze dieses Berichtes gebe ich der Benützung Ausdruck, daß bei der Besprechung aller bisher getroffenen wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen, soweit diese die Volksernährung und die damit zusammenhängenden Fragen betreffen, eine

volle Uebereinstimmung aller Parteien

sich erzielen lassen. (Lebhafter Beifall.) Eine solche Einmütigkeit ist um so mehr hervorzuheben, als unter anderen Umständen ein solches Zusammengehen bei der Eigenart wirtschaftspolitischer Fragen unmöglich sein würde. Der Kommissionsbericht war von Anfang bis Ende der Stempel aufgedrückt, daß jetzt alles daran zu setzen ist, um in diesem beispiellosen Kampfe auch den Sieg durch die Kraft unseres Wirtschaftslebens zu erzwingen. (Beifall.) Auf Grund dieses Entschlusses hat manchmal eine Aeußerung alter festgewurzelter Ueberzeugungen zurückgestellt werden müssen, bis andere Zeiten einen sachlichen Meinungsaustausch über verschiedene Ansichten wieder zulassen. Es gibt keine Partei dieses Hauses, die bei der Kommissionsberatung nicht nach Form und Inhalt ihrer Ausführungen sich der großen Aufgabe des Zusammenarbeitens und Zusammengehens unterzogen hätte. (Beifall.) Vor der ganzen Welt tritt daraus die Erscheinung zutage, daß das deutsche Volk wohl gewappnet ist, eine Welt von Feinden zu bezwingen, da es in ernster Stunde auch sich selbst bezwingt. (Beifall.) Die sachlichen Schwierigkeiten der Verhandlungen unserer Kommission waren groß. Im Gegensatz zu einem wohlgeordneten Wirtschaftsleben und fest eingemieteten Gebäuden von Handel und Wandel, mußten neue Formen geschaffen werden, die nicht nur abweichend von den bisherigen waren, sondern geradezu im Kampfe damit lagen.

Dem Bundesrat war in der ersten Kriegstagung des Reichstages eine große Machtvolle zuerkannt worden, die es ihm ermöglichte, alle auf sozialem, rechtlichem, finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete erforderlichen Massnahmen zu treffen und mit Gesetzeskraft auszuführen. Das legte dem Bundesrat und nicht am wenigsten dem Reichskanzler eine schwere Verantwortung auf, zugleich aber auch dem Volk und dem Parlament die Pflicht, das Maß der Sorge und der Arbeit der verantwortlichen Stellen zu würdigen und nicht

voreilig eine nicht gewissenhaft begründete Kritik zu üben. Mit rastlosem Fleiß haben alle Behörden in dieser ersten Zeit gearbeitet. Besonders

das preussische Beamten-tum

hat seine seit Friedrich I. bekannnte getreue Pflichterfüllung vollkommen bewährt.

Die neue Einstellung auf die gänzlich veränderten Verhältnisse konnte nicht in wenigen Tagen erfolgen. Manches wäre anders geworden, wenn eine tief durchdachte, in die Einzelheiten eindringende wirtschaftliche Vorbereitung Deutschlands auf den Weltkrieg noch während der Friedenszeit stattgefunden hätte. (Sehr richtig!) Deutschland ist nicht beherrscht gewesen von hasfüchtigen Gedanken einer anderen Nation gegenüber. (Sehr richtig!) Dem deutschen Volke hat es fern gelegen, die Grenzen des Vaterlandes weiter strecken zu wollen. Nur im friedlichen Handelsverkehre suchte es fortzuschreiten. So sehr sich der Deutsche seines Soldatenvolkes freut und so gern er den Stolz derer würdigt, die des Königs Rod zu tragen berufen sind, so friedliebend, so friedensuchend ist unser Volk all die Zeit sehr 1870 hindurch gewesen. (Sehr richtig!) Der Gedanke einer

Kriegsruftung auf Tod und Leben

wurde immer zurückgewiesen, um dem Ausland unsere Friedfertigkeit durch die Tat zu beweisen. Freimütig müssen wir erklären, daß diese Auffassung nicht ohne Folgen geblieben ist. Deshalb erwachen uns jetzt während der Kriegsführung doppelte Pflichten. Wir müssen auch Entbehrungen entschlossenen Mutes hinnehmen, damit der Plan der wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands zunichte werde; hilfsbereit müssen wir alle eines Sinnes sein, denjenigen die Last zu erleichtern, die durch den Gang der Dinge am schwersten getroffen wurden und in Zukunft noch schwer getroffen werden. Nicht nur für unser tapferes Heer in den von uns besetzten feindlichen Landesteilen soll das Dichtwort gelten: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein!“, sondern durch das ganze deutsche Vaterland soll dieser Ruf erklingen. (Beifall.) Wir nehmen ihn ganz entschlossen auf und sind auch in diesem Falle klar zum Gesichte. (Erneuter Beifall.) Die Kommission konnte sich auf Grund eingehender Erwägungen nicht mit allen Massnahmen der Regierung einverstanden erklären, nicht der Tendenz dieser Massnahmen wegen, sondern wegen der Auffassung über ihre Zweckmäßigkeit.

Gerade bei solchen Erörterungen hat sich eine Geschlossenheit der ganzen Kommission gezeigt, die sicherlich auch nicht ohne Eindruck auf die Regierung geblieben ist. Die Regierung wird die hier geäußerten Wünsche bei der Abänderung der bisherigen Massnahmen gewiß berücksichtigen. Die erste Massnahme der Regierung erstreckte sich auf die Sicherstellung der Volksernährung durch den Erlaß der Bundesratsverordnung über die Höchstpreise für das Brotgetreide. Alle Parteien waren darin einig, da eine solche Einzelmaßnahme für das Brotgetreide nicht ausreiche, sondern daß ein fest gegliedertes System von Höchstpreisen aufgestellt werden müsse. Mehl und Brot hätten ebenso mit Höchstpreisen belegt werden müssen wie das Ausgangsprodukt selbst. Gleichzeitig mit dem Erlaß der Höchstpreise für das Brotgetreide hätte auch eine Regelung des Verbrauchs eintreten müssen, weil Deutschland in diesem Weltkriege fast ganz zu einem geschlossenen Handelsstaate geworden ist. Daß solche Einschränkungen nicht sofort verfügt sind, beruht wohl einmal darauf, daß der Ertrag unserer letzten Ernte zunächst überschätzt worden ist, und sodann, daß unsere Behörden wohl erst in einer vielleicht zu weit gehenden Genauigkeit das Ergebnis des ersten Zeitabschnittes haben abwarten wollen, bevor so einschneidende Bestimmungen getroffen werden sollten. Man hat anscheinend auch nicht genügend berücksichtigt, daß wir jährlich nicht weniger als 8 Millionen Tonnen Futtermittel nach Deutschland für unser Vieh einführen und daß durch Schließung dieser Einfuhr in großem Umfange Brotgetreide versüßert worden ist. Weiter waren alle Parteien darin einig, daß nach den Erfahrungen des Krieges niemand mehr

die Stellung der Landwirtschaft

nicht als eine Frage einer Erwerbsgruppe, sondern als die Angelegenheit der ganzen Nation zu behandeln ist. Mit der

Landwirtschaft in ihrer Eigenschaft als Stütze der Volksernährung und der Sicherung unserer Wehrkraft muß also äußerst vorsichtig umgegangen werden. Die Landwirtschaft hat es dankbar anerkannt, daß auch die der Landwirtschaft fernere stehenden Mitglieder der Kommission die Bedeutung der Landwirtschaft vollaus gewürdigt haben. Der Mangel eines Höchstpreises für Mehl und Brot ist durch die Errichtung der Kriegsgetreide-Gesellschaft besetztigt worden, die ausgleichend auf die Mehlpreise einwirken kann.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat in neuester Zeit sehr dankenswerte Massnahmen zur Beschaffung von Futtermitteln getroffen, um der Landwirtschaft, die durch die Beschlagnahme der Faserbestände sehr schwer getroffen ist, zu helfen. Mit dieser Beschlagnahme hat sich die Kommission sehr eingehend beschäftigt und namentlich mit allem Nachdruck festgestellt, daß für die Enteignung der Faserbestände ein Beschlagnahmepreis festgesetzt worden ist, der in seinem rechten Verhältnis zu dem Preise steht, für den andere Futtermittel zu haben sind. Es ist falsch, hier auf Kosten einer verhältnismäßig geringen Zahl von Personen den Reichsfiskus zu wässern. Der Faser ist jetzt ein notwendiges Betriebsmittel für die Landwirtschaft. Enteignet man es, so muß man geradezu von einer Vermögenskonfiskation der Landwirtschaft sprechen. Die Kommission hat unentwegt an der Festsetzung eines Faserpreises festgehalten; der die Beschaffung gleichwertiger Futtermittel ermöglicht; hoffentlich trägt die Regierung diesem Wunsche Rechnung. Die Verteilung des Fasers darf nicht auf alle Pferde gleichmäßig vorgenommen werden, da eine Reihe von Pferden einer stärkeren Faserzufuhr bedarf, um leistungsfähig zu bleiben. Durch die Heranziehung eines großen Teiles unserer Pferde für Militärzwecke sind in erhöhtem Maße unsere Rinder zur Feldbestellung und andern landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen worden. Sie bedürfen ganz besonders jetzt der Kraftfuttermittel, um bei unserer Frühjahrbestellung wieder kräftig genug zu sein. Deshalb ist die Bekanntmachung des Reichskanzlers, daß das Mengorn gleichfalls der Beschlagnahme anheimfallen soll, sehr bedenklich, denn gerade für Ochsen und Kühe ist ein solches Futtermittel besonders notwendig.

Die Kriegsgetreidegesellschaft war ursprünglich dazu bestimmt, unsere Getreidevorräte aufzuspeichern, um für jeden Fall gesichert zu sein. Aber auf Grund der Bestandaufnahme vom 1. Dezember, die allerdings wohl ein zu ungünstiges Bild gegeben haben mag, wurde die anfängliche private G. m. b. H. zu einer Zentralstelle für den gesamten Getreidehandel umgewandelt. Wenn auch die Kommission allgemein der Ueberzeugung war, daß in die Leitung dieses

größten Getreideunternehmens der Welt

volles Vertrauen zu setzen sei, so wurden doch eine Anzahl von Mängeln hervorgehoben, die der Kriegsgetreidegesellschaft als Erschalen aus der ersten Zeit ihrer Gründung noch anhaften. Es wurde namentlich gerügt, daß nicht hinreichend landwirtschaftliche Sachverständige in der Leitung dieses Unternehmens vertreten seien.

Mit Fug und Recht wurden erregte Klagen darüber geführt, daß die Höchstpreise nicht immer innegehalten worden seien. Zum Teil lag das daran, daß in manchen Fällen die Bestimmungen der Höchstpreise wenig glücklich gewesen sind. Der Hauptgrund der Verstöße aber ist wesentlich betrüblicher, es ist die rechtswidrige Ueberteuersuchung gegenüber den Verbrauchern. Dagegen wurden alleseitig sowohl aus Produzenten- wie aus Verbraucherkreisen scharfe sichernde Massnahmen gefordert.

Ganz besonders hat man jetzt erst

die Bedeutung der Kartoffel

für unser Volk erkannt. Man wird zweifellos in der Zukunft weitere Massnahmen treffen müssen, damit der Kartoffelanbau und der Notwendigkeit überhebt, ausländische Futtermittel einzuführen. Wir werden uns auch nach dem Krieg noch große Mengen von Kartoffeln erhalten müssen, um dauernd unsere Brotvorräte mit ihrer Hilfe zu vermehren. Die preussische Regierung hat von diesem Gesichtspunkt aus in weitgehendem Maße die Kartoffelrodureien mit Staatsgeldern unterstützt. Notwendig wäre es gewesen, rechtzeitig Massregeln gegen die Verschwendung von Kartoffeln zu treffen. Das ist in weiterem Maße erst durch die letzten erfolgte Erhöhung der Höchstpreise für